

 Bundeskanzleramt

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**Sebastian Kurz**  
Bundeskanzler

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.485.494

Wien, am 29. September 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen haben am 29. Juli 2020 unter der Nr. **2975/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Folgeanfrage zur Anfrage ‚Wissenschaftliche Evidenz für Schul- und Kindergartenschließungen‘“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

- 1. Fand seitens des Bundeskanzleramts ein Austausch mit anderen Staaten statt, in denen Schulen bzw. Kindergärten nicht oder nur teilweise geschlossen wurden, die also eine andere Strategie als Österreich verfolgten? Welche Argumente wurden von diesen Staaten vorgebracht, diese Einrichtungen nicht/nur teilweise zu schließen?*

Wie in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2047/J vom 20. Mai 2020 bereits ausgeführt, wurde nach einem Gipfel der Sozialpartner am 12. März 2020 in Abstimmung mit den Landeshauptleuten beschlossen, den Betrieb in Kindergärten und Schulen einzuschränken. Der Austausch mit anderen Staaten, insbesondere den Ministerpräsidentinnen von Dänemark und Norwegen, der Premierministerin von Neuseeland und mit den

Regierungschefs von Australien, Griechenland, Israel, Singapur, Tschechien sowie den Präsidenten von Costa Rica und Südkorea zeigte, dass in diesen Ländern ähnliche Vorgangsweisen gewählt wurden. Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2048/J vom 20. Mai 2020 durch den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung verweisen.

**Zu Frage 2:**

2. *Laut Anfragebeantwortung (2064/AB) seien in den „verschiedenen Gremien, Arbeits- sowie Expertinnen- und Expertengruppen“ die „unterschiedlichsten Szenarien besprochen und auch Vorbereitungen für den Fall einer zweiten Welle“ getroffen worden.*
  - a. *Um welche Gremien handelt es sich konkret?*
    - i. *Wer war in diesen Gremien vertreten?*
  - b. *Um welche Arbeitsgruppen handelt es sich konkret?*
    - i. *Wer war in diesen Arbeitsgruppen vertreten?*
  - c. *Um welche Exper\_innengruppen handelt es sich konkret?*
    - i. *Welche Expert\_innen waren in diesen Gruppen vertreten?*
  - d. *Fand eine Koordination zwischen den Gremien, Arbeits- und Expert\_innengruppen statt?*
  - e. *Fand eine Koordination zwischen den Gremien, Arbeits- und Expert\_innengruppen und dem Bundeskanzleramt statt?*
  - f. *Welche unterschiedlichen Szenarien wurden besprochen?*
  - g. *Welche konkreten Maßnahmen in Bezug auf Schulen und Kindergärten sind für die jeweiligen Szenarien vorgesehen?*
    - i. *Für welches Szenario ist eine erneute Schließung von Schulen bzw. Kindergärten (bzw. eine vollständige Umstellung auf Home Schooling) wie im vergangenen Semester vorgesehen?*
    - ii. *Für welches Szenario ist eine erneute Teilung von Schulklassen bzw. Kindergartengruppen wie im vergangenen Semester vorgesehen?*
    - iii. *Für welches Szenario und in welchem Umfang ist eine erneute Einführung der Maskenpflicht in Schulen vorgesehen?*
    - iv. *Gibt es bzgl. Schließungen von Schulen/Kindergärten oder Teilungen von Klassen Pläne für einen unterschiedlichen Umgang mit Kindergärten und Volksschulen einerseits und Sekundarstufe-Schulen andererseits?*

Es darf darauf hingewiesen werden, dass das Bundeskanzleramt gemäß Bundesministerien-gesetz 1986 in der nunmehr geltenden Fassung BGBl. I Nr. 8/2020, hinsichtlich der Entschei-dungen betreffend die Schließung von Schulen und Kindergärten keine inhaltliche Zustän-digkeit hat.

Das Bundeskanzleramt hat jedoch gemäß Bundesministerien-gesetz auf die Wahrung der Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik und auf das einheitliche Zusammenarbei-ten der Bundesministerien in allen politischen Belangen hinzuwirken. Im Rahmen dieser Zu-ständigkeit ist das Bundeskanzleramt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sek-tion IV in zwei Gremien vertreten, die sich mit der Vorbereitung von strategischen Maßnah-men zur Eindämmung des Virus befassen. Dabei handelt es sich um den Koordinationsaus-schuss des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) sowie um die SKKM Planungsgruppe des Innenministeriums.

Die Arbeiten beider Gremien sind eng miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt. Die Planungsgruppe wird vom Koordinationsausschuss mit konkreten Arbeitsaufträgen be-fasst und berichtet diesem wiederum die Arbeitsergebnisse. Die Arbeiten des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) konzentrieren sich insbesondere auf strategische Maßnahmen zur Minimierung der Ausbreitung von COVID-19. Schwerpunkte bilden dabei die Themenbereiche Aufklärungs- und Informationsarbeit, Testungen, Kon-taktpersonennachverfolgung, Hygienemaßnahmen, Quarantänemaßnahmen und deren Einhaltung, Analyse von Infektionsketten und Vorsichtsmaßnahmen bei Reisen. Darüber hinaus möchte ich zur Tätigkeit des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanage-ments (SKKM) auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1862/J vom 4. Mai 2020 verweisen.

In der SKKM Planungsgruppe liegt der Fokus derzeit auf folgenden fünf Themenbereichen: „Pandemiebekämpfung“, „Sicherheit, Daseinsvorsorge“, „Wirtschaft, Finanzsystem, Ar-beitslose“, „Humanitäre Aspekte, Psychosoziales“ und „Zustand nach der Krise“.

Mit Hinblick auf die zielgerichtete und rasche Eindämmung von regionalen Clustern sind entsprechende regionale Antworten erforderlich, sodass die zu treffenden Maßnahmen auf die spezifische Situation ausgerichtet werden können. Hilfestellung bei der Beurteilung des Infektionsgeschehens und der epidemiologischen Lage soll die Corona-Ampel bieten. An-hand von Leitlinien werden konkrete Empfehlungen für alle Gesellschafts- und Wirtschafts-bereiche ausgesprochen. Die entsprechenden Indikatoren der Corona-Ampel werden regel-mäßig von einer Corona-Kommission evaluiert. Neben Fachexpertinnen und Fachexperten

nehmen auch Vertreterinnen und Vertreter aus zentralen Ministerien und aus jedem Bundesland teil. Die Mitglieder treffen je nach Bedarf in der Regel einmal pro Woche zusammen, um die Risikoeinstufung der Bezirke auf Basis von Indikatoren, Kontextinformation und Expertise vorzunehmen.

Sebastian Kurz

